

Ersteinstufige
 nachmitt. mit Ausnahme
 der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
 monatlich 80
 vierteljährlich 1.80 Mk.
 pränumer. frei ins Haus.
 Durch die Post bezogen
 1.80 Mk. inkl. Bestellgeb.

„Die Neue Welt“
 (Halterungsbeilage),
 durch die Post nicht bezogen,
 kostet monatlich 10 Pf.,
 vierteljährlich 30 Pf.

Stephan Br. 1047.
 Verlagsgesam.-Vertrieb:
 Volkshaus Halle/Saale.

Sozialistische

Infektionsgebühr
 beträgt für die 6 gewöhnlichen
 politische aber deren Raum
 20 Pfennig.

Die auswärtige Anzeigen
 25 Pfennig.

Im Abonnementpreis
 keine halbe Seite gratis
 nach Nr. 21. Jahrg.

Inserate
 für die halbe Spalte
 müssen mindestens bis zum
 mittigen 10 Uhr in der
 Expedition angesetzt
 sein.

Empfänger in die
 Postsendungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weißenfels-Reitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebemverda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Vorstandsbericht.

Politische und erzieherische Arbeit der Partei.

Zuerst ist uns der Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion an den kommenden Parteitag in Magdeburg zugegangen, der das Kampfesjahr vom 1. Juli 1909 bis dahin 1910 umfaßt. Wir geben ihn nach und nach den Genossen in besonderer Beilageform in vollster Uebersicht bekannt, möchten jedoch heute schon kurz die wichtigsten Punkte aus diesem Dokument rascher Arbeit mitteilen.

Im ganzen genommen ist der Bericht recht nüchtern, sachlich, knapp, sich auf das Wesentliche beschränkt; aber gerade in dieser Form tritt der Kern des Ganzen: ruhige, zielbewußte und vor allem planmäßige Arbeit sehr klar und bewußt hervor. Und über die planmäßige Arbeit auf so vielen und großen Gebieten kann man besonders erstaunt sein; denn das Wesen der Partei erschließt sich nun nicht mehr allein, ja fast ausschließlich auf dem Gebiete der „reinen“ oder „hohen“ Politik, sondern die Tüchtigkeit der politisch schaffenden Kulturen und Erziehungspartei werden immer deutlicher und klarer sichtbar. Der Bericht bezeichnet das Erfolge und registriert Zahlen und Daten von der umfassendsten Tätigkeit in planmäßiger, theoretischer Schulung, Frauenaufklärung, Jugendberziehung, Vermittlung von künstlerischen Darstellungen, Bekämpfung des Alkoholgenusses usw. Wir wissen sehr wohl, daß alle diese Tätigkeiten nur als Mittel zum Zweck zu gelten haben; der Stärkung der Arbeiterklasse und des politischen und sozialen Einflusses der Arbeiterklasse, solange bis die Klasse sich befreit und zur herrschenden geworden ist. Aber die Erfahrung und Entwidlung der Verhältnisse hat uns zur Erweiterung unserer Tätigkeit gedrängt, denn ohne dauernde, bewußte und systematische Erziehung der Proletariermassen lassen sich solche prächtige Fortschritte in der Organisation und im politischen Kampfe nicht mehr erzielen und vor allem nicht aufrecht erhalten, wie wir sie im letzten Jahre als Vorgeschiedene und Weispiele kommender Erfolge erlebt haben. Deshalb noch einmal: neben den berichtigten politischen und kommunalen Wahlflehen und der Zunahme der Parteiorganisation begrüßen wir im besonderen die Bildungs- und Erziehungsbewegung der Partei.

Und nun wollen wir einen kleinen Uebersicht über die mitgeteilten Zahlen geben. Gleich die Einleitung berichtet über die große politische Bedeutung der „wirtschaftlichen“ Verbände der Kapitalisten (Vand der Landwirte, Kaufmann usw.), die immer mehr den Schwerpunkt der bürgerlichen politischen Parteien bilden und in Zukunft alle Wähler „industrialisieren“. Aber auch die großen wirtschaftlichen Arbeiterkreise werden erwähnt, unter denen das gewöhnliche Ding der Manufaktur und Fabrik einen besonderen Blick erregt. „So sorgen Regierung, Konzepte und Kapitalisten dafür, daß die Massen in Bewegung gehalten werden und immer mehr die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkennen.“

Aber unsere Organisation schreitet ebenfalls mächtig fort. Unsere Mitgliederzahl ist von 638 909 auf 720 038 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 86 729 oder 13,6 Prozent. Daran sind die männlichen Mitglieder mit 66 346 und die weiblichen mit 20 383 beteiligt. Im Bezirk Halle stieg die männliche Mitgliederzahl von 14 224 auf 18 752, die der weiblichen von 1122 und 842; gemessen an der Zahl der Reichstagswähler, sind das 22,40 Prozent Organisierte. Die Gesamtzahl hat nun zu allen Reichstagswahlkreisen, abgesehen von zwei rheinischen, organisierten Beziehungen. Parteiorganisationen bestehen in 861 von 897 Reichstagswahlkreisen. In 65 Wahlkreisen haben wir noch unter 100 Mitglieder, in 9 über 10 000 und in 5 über 20 000, darunter der größte Saumburg III mit 30 080 Mitgliedern. Die Reichstagswahlkreise brachten uns nicht nur sieben neue Mandate, sondern auch einen Stimmengewinn von 26 327 in den betr. Wahlkreisen, während die Gegner 49 827 Stimmen verloren. Aber, so lautet der Bericht: „Die Parteigenossen dürfen sich aber durch diese Erfolge nicht blenden lassen und glauben, daß uns nun die selben Freuden in den Schicksal fallen. Gewiß haben uns die Gegner gut vorgearbeitet und bei Bundesratswahlen eine Stimmung hervorgerufen, die diese dazu treibt, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Diese Stimmung müssen wir ausnützen und die Lagerarbeiten an stehenden Fußes unserer Partei machen. Die Zeit ist so günstig wie selten zur Agitation und Organisation; das muß uns einprägen, mit ver doppelter Kraft zu wirken.“

Die Agitation sah reiche Kräfte an der Arbeit. Es wurden 20 828 Mitglieder und 18 814 öffentliche Versammlungen abgehalten, 28 Millionen Flugblätter und 2½ Millionen Broschüren verbreitet. Im Bezirk Halle hatten wir 960 Mitglieder, und 530 öffentliche Versammlungen, 974 000 Flugblätter und 96 000 Broschüren und Reden fanden Verbreitung.

Der Wahlrechtsbewegung in den verschiedenen Staaten, den Landtagswahlen und Gemeindevahlen sind im Bericht umfassende Abschnitte gewidmet. 1813 Stadtvorordnete, 5720 Gemeindevorordnete, 114 Magistratsmitglieder und 82 Genossen in Gemeindevorständen werden registriert.

Das Straftaten der Arbeiterbewegung weist im Berichtsjahre wieder sehr hohe Ziffern auf. Gegen Genossen, die für die Partei und die Gewerkschaften tätig waren, wurde von deutschen Gerichten im Berichtsjahre 1813 Strafen erlassen: 36 Jahre, 10 Monate, 1 Woche, 1 Tag Gefängnis und 30 324 Mark Geldstrafen. Das sind gegen das Vorjahr 2000 Mk. Geldstrafe und 9 Jahre Gefängnis mehr. Dieses Mehr an Strafen ist zum großen Teile verursacht durch die Rastau-Prozesse, die die Wahlrechtsbewegung und die blutigen Säbelkämpfe der Polizei zur Folge hatten, wobei Halle eine „würdige“ Rolle spielt.

Der Massenbericht kann als guter bezeichnet werden. Die Gesamteinnahmen der Partei betragen 936 409,86 Mk. Die Gesamtausgaben 815 557,97 Mk. Zur Sozialanlage wurden 119 138 Mk. verwendet. Die Parteipresse hat im ganzen 101 156 Mark erhalten.

Die Zahl der Tagesblätter der Partei hat sich gegen das Vorjahr um zwei vermehrt. Die Partei besaß am Schluß des Berichtsjahres 76 Tagesblätter, die in 57 Bundesstaaten hergestellt wurden. Der Parteipreis hat 130 000 Abonnenten und erzielte bei einem Umlaufumlauf von 1½ Millionen Mark einen Ueberschuß von 122 623 Mk. Der Parteipreis wird von 250 000 Gegnern gelesen und machte 86 533 Mk. Ueberschuß.

Die politisch bewegte Zeit des verflochtenen Geschäftsjahres wurde zur lebhaftesten Agitation unter den proletarischen Frauen benutzt. Ingesamt wurden von Frauenbureaus für 41 Agitationsstunden und für eine große Anzahl Einzelveranstaltungen Referentinnen vermittelt. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder stieg von 62 259 im Jahre 1909 auf 82 042 im Jahre 1910, also eine Zunahme von 20 383.

Die Jugendbewegung hat in den letzten Jahren fröhlich Fuß gefaßt. Mehr und mehr erkennen die Massenbewußten Arbeiter, wie notwendig es ist, ihren Nachwuchs zur tätigen Anteilnahme an den praktischen und geistigen Leben der Arbeiterklasse zu befähigen. Besonders treten die Fortschritte der Jugendbewegung bei der fortgesetzten Ausbreitung der Zeitschrift Arbeiter-Jugend in Erscheinung. Im letzten Jahre stieg nämlich die Zahl der Abonnenten der Arbeiter-Jugend von 28 100 auf 45 000. Die Zahl der Orte mit Jugendausstellungen ist von 311 auf 390 gestiegen. Jugendheimen bestehen in 105 Orten. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend hatte Gesamtanfragen seit dem 1. Januar 1909 in Höhe von 17 988,15 Mark. Davon entfielen 12 801,20 Mk. auf die Arbeiter-Jugend. Einen erfreulichen Bericht erstattet der Bildungsausschuß. In 187 Orten bestehen Bildungsausschüsse, von denen 173 von den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam eingeleitet sind. Die vier Wanderredner des Bildungsausschusses haben in 115 Orten 128 Kurse abgehalten und dabei an 682 Abenden vorgelesen; insgesamt haben an den vom Zentralbildungsausschuß veranstalteten Kursen 24 360 Personen, davon 1775 Frauen, teilgenommen. Der Bildungsausschuß vermittelte aber noch künstlerische Veranstaltungen, gab überall Vorträge und wirkte in der Richtung der weiblichen Arbeiterinnen auf künstlerische Bildung der gesamten proletarischen Bildungsbewegung. Auch die Parteiführer erstattet ihren vierten Jahresbericht. Die Schülerzahl betrug 27. Die Zahl der Interdisziplinären 820.

Durch den ganzen Bericht zieht sich ein roter Faden die Bestätigung der planvollen und regen Tätigkeit, die die Parteigenossen überall entfalten haben. Wegen der Schaffenskraft besonders für das kommende Kampfesjahr noch weiter antreten und steigern!

Sammelpolitik.

Die Kapitalgareien der „konservativen“ Parteien werden zwar äußerlich noch ein wenig weitergeführt, aber die Stimmen mehren sich jetzt gewaltig, die zur allgemeinen Sammlungspolitik gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, hüten. Man weiß zwar, daß die Reichstagswahlen kommen langsam so nahe heran, daß man mit der Agitation beginnen muß.

Besonders rühmlich sind die Konservativen, die Politik, die Freund und Genossen, bemüht, die alten Vorkämpfer wieder zusammenzuführen. Nun hat die alldeutsche Tages Rundschau, die gleichfalls die Sammelpolitik vertritt, dieser Tage den Vorschlag gemacht, die Konservativen mögen zum Zeichen ihrer Absicht, sich mit den Liberalen zu verbinden, ihre Bereitwilligkeit zur Annahme der Erbschaftsteuer zu erkennen geben. Nun aber fährt sofort die agrarische Deutsche Tageszeitung auf, wie von der Zerstörung gelassen und verachtet in aufgeregtem Ton, daß von einem bezüglichen Entgegenkommen der Konservativen nicht im entferntesten die Rede sein könne. Nicht aus taktischen Gründen, sondern lediglich um ihrer selbst willen — d. h. also aus angeborener Steuerscheu — habe die konservativste Partei die Erbschaftsteuer abgelehnt, man solle ihr also nicht die „politischen Selbstmord“ zumuten, dieser Steuer jetzt zuzustimmen. Durch derartige Zumutungen würden die Gegenparteien nur wieder verschärft, die gemeinsame Frontstellung gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, wieder gestört.

Die Junker freieren, man verlange von ihnen „politischen Selbstmord“, wenn man ihnen zumutet, ein paar Lötler von ihrem mühseligen Erwerb Gut auf dem Acker des Vaterlandes niederzuliegen. Die Sammelpolitik haben sie eben immer nur so verstanden, daß für sie gekommen wird; mutet man ihnen, aber ein noch so geringes Opfer zu, so verlassen sie sofort die politische Entschuldigungsküste. Die Köpfe der Junker sind bisher anders angelegt hat, im Volk kennt man die Garte längst und würdigt sie nach Gebühr!

Auch die Nationalliberalen Väter, die vom Zentralbureau der nationalliberalen Partei herausgegeben werden, beschwören den Reichstagsler, das Wilhelms die Vorkämpfer in noch einmal zu versuchen. Gut national mimmet das offizielle Parteiblatt:

„Wenn es Herrn von Bethmann Hollweg darum zu tun ist, die staatsverhaltenden Parteien zusammenzuführen, um der sozialdemokratischen Gefahr zu begegnen, dann muß er sich von den Extremen der Rechten abwenden, denen jede liberale Regelung schon ein Grenz ist. Er wird den Weg einschlagen müssen, den sein Vorgänger gewiesen hat, den Weg zum nationalen Erfolg, in dem liberaler und konservativer Geist sich zu echter, gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Schmeiße aber die Regierung sich beharrlich über den künftigen Kurs aus, gelingt es ihr nicht, liberal denkenden Volksteile in der gemeinsamen Weise für sich zu gewinnen, dann, dann werden wir eben die Suppe gang ausessen müssen, die agrarischekonervative Kurzsichtigkeit uns im vergangenen Jahre eingebracht hat.“

Der Abgeordnete Fuhrmann, Generalsekretär der nationalliberalen Partei, hat am Sonntag auf einem nationalliberalen Volksfest in Weissen eine Rede gehalten, die ungeheuer denselben Geist atmete. Die Rede sollte, wie vorher schon auszusagen wurde, eine große Programmrede sein, die kommenden Reichstagswahlen werden. Und was hat sie? Ein laienhaftes Weizen bei der Regierung, doch endlich etwas zu tun, was das Vergangene auslöschen und die Nationalliberalen, wieder in die Bahnen der Regierungsparteien einrücken lassen könnte. Und eine ebenso scheltende Bitte an die Konservativen, doch endlich Einsicht zu haben und die zerlegten Nationalliberalen freundlich zum Bunde anzuschließen. Am sich gleich würdig zu erweisen, legte sich Fuhrmann in derselben Rede auch fertig für den Sozialismus ins Zeug.

Was die Nationalliberalen Blätter und der Abgeordnete, Fuhrmann mit Witten erzielen wollen, das heißt die Nationalliberalen Korrespondenz zur Abwärtung einmal mit ärgerlichen Zurückweisungen der Regierung beschaffen. Dasselbe Nationalliberal Korrespondenz, die erst ganz kürzlich Fuhrmann Hollwegs staatsmännliche Weisheiten festsitz, ist jetzt völlig darüber, daß in Weissen keine scharfe Rede gegen die Rollen gehalten wurde:

Dieser 30. August war wie kaum ein anderer Tag geeignet, durch ein frisches energisches Wort aus laienlichem Munde den trüben Horizont zu erhellern. Es sollte nicht sein! Und die Hoffnung, daß wenigstens in der Volksregierung durch das Zusammenarbeiten der alten Nationalpartei, ein Stück Bethmannischer Sammlungspolitik zu Wahrheit werde, hat keine Nahrung nicht gerade erhalten. Im Gegenteil! Die ganze Signatur der Folner, Tage atmet garbische Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der Agrarblauen Gesellschaft.

Wir sind noch ein reichliches Jahr von den nächsten Reichstagswahlen entfernt. Wenn die Nationalliberalen heute schon so gottzämmerlich betteln und flehen, um Aufnahme in der größeren Wad, dann kann man bis zur Wahl noch ergebliche Tüde erleben. Zweifellos werden sich Nationalliberal und Konservativ wieder eng umarmen, aber natürlich nur, wenn die Nationalliberalen ihren längst berratenen Liberalismus immer wieder auf neue veralten. In der korruptiven Sammelpolitik bleiben nur die Junker ihrem Ausbeuterprogramm treu.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 24. August 1910.

Zur Lebensmitteleuerung.

Auch die Handelskammern machen allmählich mobil gegen die ungeheureliche Verteuerung, die fast alle Lebensmittel in den letzten Monaten erfahren haben. So hat die Handelskammer in Mainz das hessische Ministerium bereits darauf aufmerksam gemacht, daß den heutigen Lebensmittelpreisen eine ernste Bedingung gestellt werden müsse. Die Regierung wird ersucht, im Bundesrat für eine Erleichterung der Einfuhr von Getreide und ausländischen Fleisch- und Wurstwaren einzutreten.

Interdessen ist die konervative und die agrarische Presse eifrig bemüht, das Vorhandensein eines Notstandes frech zu betreiten. Es wird „statistisch nachgewiesen“, daß in diesem Jahre mehr Vieh vorhanden sei, als im Jahre vorher. Uebrigens besetzt diese Presse da einen alten Kniff, den sie schon mehrmals angewandt hat, sobald dies oder jenes Nahrungsmittel im Preise besonders hoch stand: Man erklärte das stets für eine vorübergehende Erscheinung; und dieses Argument hatte sich auch Herr v. Bethmann Hollweg als

Minister des Innern zu eigen gemacht, als die letzte sozialdemokratische Reichstagsinterpellation im Reichstage verhandelt wurde.

Am vollenhagen in der ganzen Reichsleitung ist nachdrücklich die Deutsche Tageszeitung. Sie behauptet, daß ein Landwirt für 95 Pfund tabellafähige Mutter, die er nach Berlin schickt, nur 68 Pfund pro Pfund erhalten habe. Dagegen kann es vorkommen, daß ein Landwirt von einem gewissen Vermittler einmal hereingelegt wird, aber das vermag nichts an der Tatsache zu ändern, daß auch die Mutterpreise heute eine ganz respektable Höhe erreicht haben.

Zu gleicher Zeit stellt die agrarische Presse jeden Tag neue agrarische Forderungen auf, deren Berücksichtigung schon in der nächsten Zeit verlangt. Immer deutlicher tritt in der Entscheidung, daß der Kampf um den künftigen Reichstag, der den neuen Reichstag zu beschließen haben wird, schon jetzt allmählich einsetzt, und die Parteien bemühen sich, absolut unerlässliche Forderungen zu stellen in der Erwartung, dann wenigstens das behalten zu dürfen, was ihnen durch den jetzigen Reichstag sehr zum Schaden des deutschen Volkes ausgehandelt worden ist.

Vorkämpfer für die preussische Wissenschaft.

In Königsberg, wo jüngst ein preussischer Staatsanwalt die Kränzen der preussischen Dynastie im geistigen Führen der Nation proklamieren, wurde am letzten Dienstag der Kronprinz Friedrich Wilhelm als Schützer, oder Revisor magnanimus, dem hiesigen Institut für die Geschichte der Wissenschaften, die hier in Königsberg eine Reihe von Professoren die Richtung ihres Lehrens vorschreibt. Er sagte: Weisen Sie uns die Wege, auf denen unser deutsches Volk wandeln soll, um die Stellung unter den Völkern einnehmen zu können, die ihm, seinen geistigen und physischen Kräften entsprechend, zu Recht zukommt. Dabei ist uns nicht damit allein gebiet, die Schwächen und Mängel unseres Landes zu kennen, denn diese Erkenntnis führt leicht zu Verdrossenheit und unfruchtbarer Kritik. Vielmehr können wir uns nach Betonung unserer deutschen nationalen Volkstums im Gegensatz zu den internationalisierenden Bestrebungen, welche unsere gesunde nationale Eigenart zu vernichten drohen.

Nun weiß die preussische Wissenschaft wiederum, was sie zu tun hat, um das Volk vor Kritik und Verdrossenheit zu bewahren. Selbstverständlich gehören preussische Professoren ihrem ererbten und demütig geerbten allerhöchsten Schutzpatron.

Wie erbärmlich überhaupt das deutsche Bürgertum ist, dafür wird gerade aus Königsberg dieses Stillschicken berichtet. Wilhelm II. kommt ebenfalls nach Königsberg, und dort wird ihm der Oberbürgermeister mit der Mitteilung schmeicheln, daß die liberale Selbstverwaltung den Beschluß gefaßt hat, einen „Wilhelm-Stein“ zu errichten. Es ist nämlich in diesen Tagen der Vertrag über die Entschädigung Königsbergs zustande gekommen und diesen Anlaß benutzte man zu dem unvernünftigen „Aufregerber“. Der Stein soll ein dankbares Zeugnis für den Beweis unbedingter Loyalität sein. Das Monument soll mit der Kaiserkrone und dem Reichsadler verziert werden. In einer geheimen Sitzung wurde über das Denkmalschicksal gefaßt. Nicht nur unsere Genossen, sondern auch einzelne Liberale sprachen gegen die Denkmalserrichtung. Zur Übung irgend einer Verlesung aus Anlaß der Entschädigung liegt nicht der mindeste Anlaß vor. Diese war eine Notwendigkeit, und der Willkürherrschaft hat solche enormen Forderungen gestellt, daß es der Stadt erst nach langwierigen Verhandlungen möglich war, einem einigemmaßen annehmbaren Vertrag auszuweichen. Die Stadt muß für das Aufstellungsgebiet 20 Millionen in städtischen Darlehen beschaffen. Dazu hat sie noch die Entschädigungsforderungen der Reichsgenossen im Betrage von 24 Millionen Mark zu tragen. Das sind Millionen, die der Stadt auferlegt worden sind. Selbstverständlich müssen Liberale Bürgertum diese Angelegenheit zu einer Selbstopferleistung benutzen.

Und da sollen die Fürsten Respekt vor dem Bürgertum haben!

Ein teurer Spott.

In der Kaiserlich-Königlichen Einweisung in Polen war auch der frühere Oberbürgermeister Pötsch, Wittina, jetzt Direktor an der Nationalbank in Berlin, geladen. Ihm zu Ehren wurde ein Frühstückspersonal veranstaltet, und hier teils Wittung u. a. mit, nach der Heftigkeit im Kaiserlich-habe ihm der frühere

Im Dunkel.

Erzählung von Gustav Janßen.

lebersekung aus dem Schwedischen von A. Lützowann.

Der Baron und der junge Ingenieur waren vor einer Parade sitzen geblieben und haben zu, wie die Frauen einander beim Herausragen des Hausgeräts haften. Die armenlichen Döselstücken der Fortziehenden wurden auf ein paar Starren geladen, aber darauf wurde man einige Minuten, und unter demselben dumpfdringenden Schmeigen trat eine neue Schaar den Weg nach der Stadt an.

Als man einen jener Anbrüche, die schon ein paar Mal die Grubenarbeiter zu unerklärlichen Handlungen getrieben, besichtigt hatte, sah man daß genug ein, daß etwas detariertes nicht in Frage kommen würde. Die Gerichtsdiener waren schon wieder fort, die Pöten wurden einengen, die Willkürlichen fanden unzufrieden und blühernden wie miteinander über die Weg ging. Die Pöten wurden vollgepackt und fuhr der Willkürlichen. Die Willkürlichen und Kinder gingen daneben. Die Frauen hatten eingesehen, wie überflüssig sie waren; die Anbrüche haben nach der Erde, die sie verschlingen würde, wie sie ihre Vater verschlungen, aber sie dachten an die Fabriken, in die andersfalls ihr Weg ging. Die Pöten nicht annehmen, er verließ den Schutteln den Stoff und haben mit ihren Mägen wie in etwas Unbegreifliches geradeaus ins Leere. Einige gingen wie im Schlaf.

Die Grubenarbeiter standen noch immer gruppenteils beisammen, obwohl schweigend und regungslos, wie sie schon furchenlang standen. Das Innigste und Unbrauchbare war jetzt fortgeräumt, während man schon morgen an einige hundert weitere die Weis, denselben Weg zu gehen. Diejenigen, denen man die Erlaubnis gab, zu bleiben, wirkten sehr dankbar und demütig ein; denn der Winter drohte mit Kälte und Treiben, und nirgends war Arbeit zu haben.

Der Baron blinnte neben sich; denn ein Laut, der einem unterdrückten Schluchsen gleich, war an sein Ohr gedrungen. Der junge Ingenieur sah, was er konnte, um seine Nahrung zu meistern, er biß die Zähne zusammen und hielt den forschenden Blick fest. Der Baron nicht annehmen, er verließ den Schutteln den Stoff und haben mit ihren Mägen wie in etwas Unbegreifliches geradeaus ins Leere. Einige gingen wie im Schlaf.

Der Ingenieur starrte ihm eine Sekunde lang überausch auf den Gesicht. „Daneil . . . an deren Stelle“ brach er aus und sagte die

Finanzminister Freiherr v. A. Reinbaben zuguerufen: „Sie sind der teure Mann; mich hat der Spaß in Polen 85 Millionen gekostet!“

Die Offensivität Reinbabens ist ganz Lebenswichtig, weil er sich nicht ganz richtig ausdrückt; der „Börsener Spag“ hat nicht Reinbaben persönlich, oder als Finanzminister 85 Millionen gekostet, das preussische Volk hat ihn mit dieser horrenden Summe bezahlet müssen.

Nationalliberale Großindustrielle.

Wogu man einen nationalliberalen Redakteur braucht — so lesen wir in der Kreuzzeitung — darüber befehlet uns folgende in einer Zeitungsausschnitt erscheinende Anzeige:

Politischer Redakteur für ein nationalliberales Blatt zur Vertretung der Interessen der Großindustriellen und zur Förderung der Werkverwertung zum eventuellen sofortigen Eintritt (spätestens 1. Oktober) gesucht. Gute Redner bevorzugt. Gehalt 5000 Mark. Ausführliche Bewerbungen unter K. H. 7687 an die Annoncenexpedition Wud. Hoffe, Saarbrücken.

„Wir haben geglaubt, — so bemerkt dazu die Westfälische Volkszeitung unter dem Welsch der Kreuzzeitung —, die nationalliberalen Redakteure und Journalisten seien für die Interessen der nationalliberalen Partei da. Hier sieht man es anders. Sie sollen die Großindustriellen und die großen Gewerkschaften, die nach der Anzeige also gemeinsame Interessen haben, vertreten, nicht aber die nationalliberale Partei an sich. . .“

Der Kreuzzeitung ist durch den befalligen Abdruck dieser Notiz ein großer Misgeschick passiert. Denn die Großindustriellen, die mit ihrem Geld und ihren gelben Vereinen die nationalliberale Partei forumpumpen, ist ja die unvorwundene westliche Bundesgenossin der Konföderation.

Die Streichhölzer werden noch teurer!

Gegenüber den Behauptungen einiger Zeitungen, daß die deutschen Zündhölzfabrikanten beschloßen haben, den Preis für Zündhölzer nochmals um 10 Pf. für das Paket zu erhöhen, erklärt nunmehr der Vorstand des Vereins deutscher Zündhölzfabrikanten, daß die Erhöhung nur 2 Pf. betragen werde. Selbstverständlich wird auch der Preis der Zündhölzer etwas ansteigen, so daß mit einer immerhin fühlbaren Verteuerung der Streichhölzer gerechnet werden muß. Die Fabrikanten haben es tatsächlich in der Hand, den Publikum die Preise zu diktiert, weil durch das Steuerrecht die Gründung neuer Fabriken, die mit den jetzt bestehenden Produktionsstätten in Konkurrenz treten könnten, so gut wie vollständig ausgeschlossen ist. Den Inhabern der bestehenden Zündhölzfabriken ist durch das Steuerrecht in der Tat eine Art Monopol verliehen worden, das sie natürlich jetzt weidlich ausnützen. Die Fabrikanten erleiden keine Einbuße, wohl aber werden die in der Zündhölzfabrikation tätigen Arbeiter neben dem konjunkturellen Publikum auf das allerhöchste bedrückt.

Der russische Verbrecher unter Polizeiaufsicht.

Die Vorlesungen, die für den Aufenthalt des russischen Jarenpaars auf der Burg in Friedberg getroffen worden sind, sind wie die für einen Verbrecher. In der Nähe der Burg werden große Zellen mit der Aufschrift: „Eingang verboten“ angebracht. Die alten Mauern der Burg wurden mit hohen Drahtgittern versehen. Die Fremden, die in den Hotels absteigen, werden auf das genaueste beobachtet werden. Kriminalbeamte nicht nur aus M. u. N. u. u., sondern auch aus England, Frankreich, Belgien, Italien und Spanien werden in Friedberg in großer Anzahl einstreifen, um die „Sicherheit des Jaren zu erhöhen. Diese ausländischen Kriminalbeamten haben die Aufgabe, ihre Landsleute zu beobachten, die eventl. nach Friedberg oder nach Bad Nauheim kommen. Daß auch Polizeihunde zur Verfügung gestellt werden, wurde bereits gemeldet.

Das Ende der Revanche-Idee.

In einer auf dem Schiffsdeck von Warsila-Zour abgehaltenen Gedenkfeier hat der französische Minister Poincaré, nach einer Anrede aller Franzosen, in der Größe und dem Schmerz der Erinnerungen sich zusammenzufinden, einen heftigen Angriff gegen die Friedensverträge gerichtet. Mehr als die erklärten Vaterlandslosen fürchte er die heimtückischen Friedens- und Feindschleicher. In einer: „Genug der Zweideutigkeiten“ übergeschrieben Betrachtung in der Summarie rechnet Poincaré

zu einem ihnen vorbei zu kommen, mögliche er seine Schritte und hörte dabei den einen folgen:

„Wir sind nicht von allen revolutionären Ereignissen, die uns aus der Geschichte bekannt sind, hat die Weltwelt kaum ein einziges verurteilt, sofern es gelang.“

Was der andere antwortete, konnte der Baron nicht hören, aber gleich darauf fuhr er erhebt aus an:

„Der Streit dreht sich doch selten um Recht, sondern um Macht. Aber das sind in diesem Fall die Rechenarten, denn die Macht gibt das Recht, das heißt das Recht des Stärkeren, uns recht auszusprechen.“

Ein Wagen holperte vorüber und in dem Säum gingen einige Repliten verloren. Nachdem es wieder still geworden, konnte der Baron folgende Worte vernehmen:

„Du kannst doch wenigstens nicht leugnen, daß es anerkannter Wert von der Grubenverwertung ist, den Willen und Wahren diese verhältnismäßig große Summe zu zahlen.“

„Ach, aber mit Eurer herausagruppen und zurechtgerichteten Unberührgelitt. Steine geht über den Sungräten, wenn sie nach dem Vor der Gerichtsbarkeit gehen! Das Gekind ist der eine Dohn; denn gerade so wie das es ist, ist es nicht, die Schmutztrauen zu treffen, um dieser Statistiken vorzugeben. Aber Ihr müßt natürlich immer mit einem Almosen hinterher hümpeln und Dank dafür verlangen, wenn Ihr bloß Eure Pflicht und Schuldigkeit getan habt.“ Er stunte gegen über das Schlingeländer und flüchte einzug.

„Demonstration, und damit ist es für diesmal zu Ende. Aber.“ Sein Begleiter suchte ihn mit dem Wlügen an und gab ihm zu verstehen, daß ein Unbekannter dicht hinter ihnen ging.

Der Mann sah über die Schulter zurück und beschloß den den Weg des Zaren.

Der Baron beschleunigte seinen Schritt und ging vorbei. Als er wieder auf seinem Zimmer war, klingelte er. Als der Steller herintrat, fiel es dem Gast ein, daß dieser Mann der er nicht gewöhnt, an den er sich hier am Ort um Auskunft gewandt. Er erinnerte sich der abstoßenden Gleichgültigkeit und der darauf folgenden Dummheitsfragen, als die Gade unerbittlich eine andere Wendung zu nehmen schien. Der Baron sah ihn nachdenklich an. Was war die wirkliche Natur dieses Menschen?

„Ach, reise morgen“, sagte er.

„Er war nun ganz und gar der bewußtlose Steller, der seine Idee ausschließlich auf das Erzielung gerichtet hielt. Der Gedächtnis und sein erzeugte Aristokratie fühlte sofort den Unterschied zwischen ihm und dem anderen. Er lächelte unwillkürlich, und dies große Lächeln machte den Steller unruhig.“

(Fortsetzung folgt.)

Tag der Unbilligen Arbeit so wohl als möglich darzustellen, damit dann mit diesem „amüsigen Material“ die Beschäftigten von der schlechten Lage der Landarbeiter zurückgewiesen werden können. Wie die Agrarier die Statistik zu handhaben wissen, das haben sie bereits mehrmals recht deutlich gezeigt; sie wissen, das Zahlen für sie nur den Zweck haben, die Tatsachen zu verflechten.

— Kommandierter Patriotismus. In Königsberg wurden hiesige Arbeiter etwaungsweise zum Spalterbilden beim Stafferbeinhd kommandiert.

Oesterreich-Ungarn.

Maßnahmen gegen die Reichskriegenernung.
Das österreichische Eisenbahnministerium hat eine Verfügung veröffentlicht, nach der von allen Stationen der österreichischen Staatsbahnen zunächst nach dem Wiener Hauptbahnhof eine fünfzigprozentige Ermäßigung der Frachtpreise für Schladachsch gemährt wird. Die Ermäßigung ist für drei Monate in Aussicht genommen, aber unter dem Vorbehalt, die ermäßigten Tarife jeberzeit zu überprüfen zu können, wenn die mit der Maßnahme verbundenen Opfer nicht in dem sinkenden Preise des Fleisches zum Ausdruck kommen sollten.

Rußland.

Witkennunterstützung in Sibirien und Carapa.
Die Revision der Sibirischen Bahn durch den Senator Graf Neeben ist erst bei einigen wenigen Stationen durchgeführt, hat aber bereits Unterstützung im Umfange von 28 Millionen ein Kassel angefordert. Außerordentlich groß waren die Unterstützungslagen beim Bau des Westbuchs in der Höhe von Omsk. Vielfach wurde die Erhebung von Geldern auf geistliche Grundstücke festgestellt. Unterstützungslagen der Beamten und solche Wagnisse kamen in großer Zahl vor. Sehr besonders ausgezeichnet durch große Unterstützungslagen sind die Stationen Omsk, Novo-Nikolajew, Krasnojarsk, Irkutsk. Hier Betriebskräfte sind bereits verhaftet und dem Gericht übergeben worden.

Und die Revision der Staatsbahnen des Bezirkes Siew hat gewaltige Schwierigkeiten ergeben, und diese Revision ist auf eine ganze Anzahl Städte von Sibirien ausgedehnt worden. Dabei tritt immer größere Mißbilligung entgegen. In Gatschina, Nowosibirsk, Cherson, Sewastopol, Alexanderow wurden Millionenunterstützungen festgestellt. In Kiew wurden Anschuldigungen in Massen bei Wieranien vorgenommen. Dabei fielen den Behörden unter anderem ganze Listen von Beamten des Reichsministeriums in die Hände, die Beschreibungen entgegennahmen. Die Staatsanwaltschaft ließ alle Staatsräuber der Wieranien in den Kassen öffnen und konfiszirte zahlreiche Briefschaften, die mehrere höhere Beamte bloßstellten.

Japan.

Die Amerikaner Korea.
Kollis, 20. August. Die Amerikaner Korea ist erfolgt. Korea wird japanische Kronkolonie, Kronfürst Generalgouverneur. Die koreanische Kaiserfamilie wird der japanischen ebenbürtig behandelt werden. Der Kaiser von Korea siedelt im nächsten Jahre nach Kollis über; die Zivilliste bleibt bestehen. Der koreanische Zarif bleibt fünf Jahre in Kraft, wie es früher war; später wird er geändert. Hervorragende Koreaner werden zu japanischen Generälen ernannt werden.

Aus der Partei.

Die Schwaben rufen ab!
Die Stuttgarter Schwäbische Tagung hat heute bekanntlich ein großes Verhängnis für die badische Budgetbewilligung gezeigt, was trotz der lebhaften Verteidigung des Abg. Hindenburg in der Stuttgarter Versammlung von den Parteigenossen zurückgewiesen wurde. Nun aber, nach dem Offenburger Parteitag, hat die Tagung auch die Geburt verloren. Sie rief von den Disziplinbrechern weit ab und schrie: Eine Verschärfung der Situation. Es wird keinen Parteigenossen im Lande geben, der gegen uns den begründeten Vorwurf zu erheben vermöchte, wir hätten gegenüber dem Reichhalten unserer badischen Landtagsfraktion nicht die größte Objektivität gewahrt. Wir haben unsere Objektivität so weit getrieben, daß wir bewegen den Zabel von Parteigenossen einreden mußten, mit denen uns die höchste gemeinsame Arbeit für die Partei verbindet. Wir konnten uns nicht verhehlen, daß in Baden tatsächlich von der Lage im Reich wesentlich verschiedene Verhältnisse vorliegen, ohne uns aber die Schlussfolgerung zu eigen zu machen, die von der badischen Landtagsfraktion gezogen worden ist. Was es vor Wochen noch eine Pflicht zu schweigen, heute, nachdem der Offenburger Parteitag gesprochen hat, wäre es eine Pflichtverfehlung. Es hat seinen Zweck, sich der Tatsache zu verschließen, daß der Offenburger Parteitag die Situation in der Partei ganz ungesund gemacht hat. Daß der badische Parteitag eine Schandtat sein werde, hatte nach allem, was vorgedacht war, niemand erwartet, nur wenige hatten es verlangt. Man kann aber dem badischen Parteitag den Vorwurf nicht ersparen, in einer Weise zur Verschärfung des Konfliktes der Lage beigetragen zu haben, die weder durch die Sache selbst noch durch die schärfsten Rechtfertigungen gerechtfertigt erscheint. Wir konnten uns bei der Lektüre der Offenburger Auseinandersetzungen trotz aller darin enthaltenen schönen Reden über die Anfänglichkeit zur Parteinheit des Eintrides nicht erheben, als ob man in Baden den Versuch mit der Gesamt-partei will. Wäre dem nicht so, man hätte, ohne sich seiner Ehre und Würde nur das geringste zu vergeben, andere Töne und andere Entschuldigungen auf dem Offenburger Parteitag

finden können. Wir mochten schweren Vergessens und im vollen Bewußtsein der damit verbundenen schweren Verantwortung diese Konfaltung. Nichts würde uns eine größere Erleichterung sein, als wenn wir uns hinsichtlich dieser Schlussfolgerungen im Irrtum befinden sollten. Die Frage der Parteidisziplin hat man auf dem Offenburger Parteitag fast völlig ausgeschaltet. Soweit sie berührt wurde, geschah es in einer Weise, die allen bisherigen Auffassungen über die Konsequenzen der Demokratie widerspricht. Genosse Kolb sagte, es wäre ein unerantwortlicher Schaden für die badische Partei gewesen, wenn die Fraktion das Budget abgelehnt hätte. Wir vermögen uns dieser Ansicht nicht anzuschließen. Aber zugegeben, die Befolgung des Nürnberger Beschlusses hätte der badischen Partei einen momentanen Schaden zugefügt, so muß man doch fragen: Hat die badische Landtagsfraktion seine Erwägungen darüber angeestellt, daß der Schaden, den man dem gesamten Körper der Partei zugefügt, ein unüberhältnismäßig viel größerer sein mußte als der eines einzelnen Gliedes, wenn man an der Parteidisziplin, dem Lebensnerv der Partei, rüttelt? Die badischen Genossen hielten sich dieser Gefahr bewußt sein müssen, wenn der Stank mit der Gesamt-partei ein so inniger wäre, wie sie es in Offenburg behaupteten und wie auch wir es bringend wollten. Die Budgetfrage als solche ist von keinem der beiden Hauptreihen in befriedigender Weise behandelt worden. Bevor sich Geds Rede in Einzelheiten und Schickseln, so war Geds Rede zwar reich an sozialistisch klingenden Schlagworten, aber arm an sozialdemokratischen Argumenten. Wir bedauern die Verschärfung der Lage. Wie immer aber die Stellung des Einzelnen zum Nürnberger Beschlusse in Württemberg sein mag, die Parteinheit und die Parteidisziplin dürfte für die württembergischen Parteigenossen das Leitmotiv bei der Entschcheidung über die derzeitige Parteipolitik sein.

Die bürgerliche Presse stimmt Jubelstößen über die „Reinart“ der badischen Genossen an. Wir verziehen zunächst darauf, diese Reaktionen wiederzugeben, doch sind sie bei Betrachtung der Tatsache, daß sich die Gegner über die innere Verletzung der Partei freuen, die durch den badischen Beschlusse offenkundig wurde. Findet die Gesamt-partei nicht die Ansicht, der Verletzung Einhalt zu gebieten, so ist der eifrigste Triumph der Gegner gerechtfertigt.

Die Mannheim'sche Volksstimme ist über die sachkundigen Ausführungen des sehr bejammerten und gemäßigten Gen. Dr. Quard (der den badischen Parteitag besucht hatte und dessen Urteil wir gern mitteilen) so empört, daß sie von „unerbittlicher Verschuldung“, von „geradezu unerantwortlicher Verschuldung“ und „positivster Brandstiftung“ usw. spricht. Wenn diese beiden reaktionären Töne auch in Württemberg angeschlagen werden, dann erfährt die ganze süddeutsche Verbandsleitung noch eine weitere, sehr unerwünschte Verschärfung.

Mehrere Parteiverfassungen in verschiedenen Orten forderten wiederum hinsichtlich der Baden'schen Parteipolitik, so u. a. die Generalversammlung in Ebersfeld-Warmen. Eine scharfe Resolution der Genossen in Königsberg schließt sie folgt:

„Der Waddeburger Parteitag beauftragt den Parteivorstand, überall, namentlich in Baden, eine umfassende Agitation zur prinzipiellen Durchbildung der Parteimitglieder zu veranlassen und dafür zu sorgen, daß den badischen Parteigenossen die Bedeutung der Budgetbewilligung nach allen Richtungen klargelegt wird.“

Der reaktionäre hannoversche Volkswille hat aus den Wochenjahren gegenüber einer wachsenden Parteigleichstellung eingenommen und die Genossen wenig über die Bedeutung der Sache für die Partei informiert. Die Generalversammlung rügte das energisch und erklärte sich mit der Haltung des Volkswillens nicht einverstanden. Nach Württemberg und Stuttgart ist das schon die dritte Debatte, die von den Proletariern über Parteidisziplin befehrt werden mußte.

Generalkonferenz über den Disziplinbruch.
Auf der Generalversammlung in Dortmund sprach sich der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, der Abg. Genosse Womelburg, scharf gegen den Disziplinbruch der Baden'schen Kammerparlamentarier aus, den der Parteitag vereiteln mußte.

Auf der Kreisversammlung für den Wahlkreis Kiel wurde ebenfalls eine scharfe Resolution gegen die Revoite angenommen, in der es zum Schluß heißt: „Die Generalversammlung fordert vom Parteitag in Waddeburg, daß er der Parteidisziplin, an der jeder Parteigenosse verpflichtet ist, ohne Rücksicht auf die Person Geltung verleiht.“

Genosse Karl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften und Abg. für Kiel, gab zu dieser Angelegenheit folgende Erklärung ab:

„Der Resolution stimme ich zu, trotzdem meine Auffassung noch weiter geht. Ich würde dem Vorschlage zustimmen, die Waddeburger auszuschießen. Der Nürnberger Beschlusse ist gefast. Die Waddeburger haben dagegen gebandelt und sich damit außerhalb der Partei gestellt. Zu dieser Auffassung bin ich aus rein organisatorischen Gründen gekommen. Die Einheit in der Partei muß hoch gehalten werden. Deshalb müssen auch Parteitalentsbeschlüsse innegehalten werden, sonst könnte ja jeder machen, was er will. Regionen wie Waddeburg wurden wiederum als Reichstagskandidaten aufgestellt.“

Delegationen zum Waddeburger Parteitag.
In einer Urabstimmung wählten die Parteigenossen des Wahlkreises Leopold-Wettmann außer zwei Kreis-

gewählten Genossen auch die Genossen Wafa Sugenburg und Delegierten. — In der Generalversammlung von Ebersfeld-Warmen wurde auch dem Genossen Karl Kautsky neben zwei Ebersfelder Delegierten ein Mandat übertragen. In beiden Fällen wurde ausdrücklich festgestellt (um Verbindlichkeiten niederzuschlagen), daß sie weder Sugenburg noch Kautsky um die Delegation beworben haben.

Eine furchtbare soziale Tragödie

war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdener Landgericht. Eine arme Arbeiterfamilie, behaftet mit dem Palle einer Anzahl Krankheiten, mußte sich abetmals auf das Krankenhaus begeben. Sie hat gelitten. Die bittere Not, Verzweiflung über ihre traurige Lage veranlaßte sie dazu, Einer von den vielen, vielen Fällen, in seiner Art aber doch besonders traurig und tragisch. Die Angeklagte hat vom April bis Dezember 1909 in elf Fällen Kinderwagen, die in den Hausfluren unbeaufsichtigt gelassen haben, teils mit ihrem eigenen Inhalt an Betten gelassen, teils nur die Betten ausgeräumt. Wagen und Betten hat sie verkauft. Sie betreibt von den ihr vorgehaltenen Fällen nur zwei. Außerdem hat die Frau eine Bodenlampe gewollt geöffnet und ausgezündet. Auch hier legte sie ein Gefährnis ab.

Die wichtigste Tatsache aber ist, daß sie erlagten ist die denkwürdige. Ihr Mann ist stets traurig und meist arbeitslos gewesen, seit Mitte Dezember liegt er im Krankenbause und sollte gerade am Verhandlungstage operiert werden. Die Frau hat versucht, sich und ihre drei Kinder mit dem Verdienst durch Zablfortieren durchzuschlagen; es hat aber nicht gereicht. Am 15. Dezember sollte sie aus der Wohnung gefest werden, wenn sie nicht die Miete bezahlte. Der Weg zur Armenbehörde war unlos, sie erklärte unter Tränen: Heute mußte ich Geld sammeln, und hast auf der Pfleger Straße einen Kinderwagen mit Betten, um nur diesen Tag noch den Hauswirt zu befriedigen. In dieser Zeit war sie auch hochschwanger. Ihre im Dezember begonnene Bemühungen, beim Armenamt Unterstützung zu erhalten, hatten den Erfolg, daß sie nach vielen Wegen vom Postamt zum Postamt am 15. Dezember die erste Unterstützung erhielt.

Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten und drei Jahren Ehrenreueverlust. In der Rechtsbegründung wurde als mildernd anerkannt, daß sie wiederholt mit Unterstützungsgesuchen abgewiesen worden sei. Die vom Staatsanwalt beantragte sofortige Inhaftnahme lehnte das Gericht im Hinblick auf die schwachen Umstände ab.

So der nächsten und mechanische Gang der Verhandlung. Die Aufricht arbeitet wie eine Maschine — hart, gleichförmig, unerbittlich, die Hände vor den Augen. Das nennt sich dann: gleiches Recht für alle und alle Fälle. Das formale Recht gleicht einem Mechanismus, der von den Richtern Tag über Tag mit derselben Ruhe bedient wird, wie etwa ein Feuermann seinen Kessel mit Wasser versetzt. Die Gefängnisse brauchen Futter, das die sozialen Verhältnisse in überreichem Maße liefern.

Jammerns Elend, harte Sorge, hartes Bemühen, die Familie, wenn auch hungernd, über Wasser zu halten. Abgewiesen von den Armenbehörden, als dieses Bemühen vergeblich ist. Und dann — 17 Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrenreueverlust! — „mildernde Umstände!“ — Kann es Aufrichteres geben als herartige Fälle? Welcher sozial empfindende Mensch wollte den ersten Stein auf die Frau werfen, die unter solchen Umständen zur Diebin wurde! Sie muß kämpfen, aber angefaßt und verurteilt ist die heutige Gesellschaftsordnung! —

Gewerkchaftliches.

Eine gelte Gründung bei der Großen Leipziger Straßenbahn.

Das entschlossene Eintreten des Transportarbeiterverbandes für die Interessen der Straßenbahner hat die Große Leipziger Straßenbahn aus dem Konzept gebracht. Sie, die jahrelang gewohnt war, daß ihre Angestellten ihr nur bittend nahen, mußte zu ihrem Schrecken gewahr werden, daß die aufstrebende Tätigkeit des Transportarbeiterverbandes reiche Früchte zu tragen begann. Die Organisation sagte unter den Straßenbahner seinen Fuß, eine Arbeiterbewegung wurde eingeschleust, um ein Streik nur nicht ausgeschlossen — da mußte etwas geschehen, um der steigenden Flut, die den Profit um ein geringes zu schmälern drohte, einen Damm zu bauen. So griff man zu dem alten, wenn auch unansehnlichen Mittel: man beschloß auf die Gründung einer getreuen Gewerkschaftsorganisation, die als Streikbrecherorganisation geacht ist. Soffentlich geschloß es dem Transportarbeiterverband, seine Reihen fest geschlossen zu halten.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Literatur, Parteianalysen, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Paul Hennig, für Lokales, Provinziales und Verammlungsberichte Otto Niebuhr, beide in Halle.

Kufeko Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc. Kindernahrung, Krankenkost

Trauer Hüte, Schleier, Flore, Rüschen. **Schwarze Kleiderstoffe.** **Trauer** Kleider, Blusen, Röcke, Handschuhe. **J. Lewin** Geschäftshaus. Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3. Anerkannt grösste Auswahl u. billigste Preise.

Einnahmen der Filialen.

Orte	Stations- behalt vom 1. Juli 09	Beiträge	Listen	Vors	Eintritts- geld bei Verammlun- gen
Gangerhausen	28,10	406,30	6,80	53,70	74,50
Altern	18,01	266,80	269,98	1,90	46,05
Steinbo	0,90	105,90	47,98	—	—
Wilsdorf	3,—	46,40	31,46	—	—
Wilsdorf	—	51,—	—	—	—
Wilsdorf	—	88,90	26,80	2,—	—
Wilsdorf	—	16,40	—	—	—
Wilsdorf	—	28,20	—	—	—
Wilsdorf	—	5,10	—	—	—
Wilsdorf	—	15,—	—	—	—
Wilsdorf	—	46,50	0,95	—	—
Summa	49,71	1.088,30	383,67	58,90	120,35

Orte	Ma- triker	Ein- tritts- geld	Zufluss der Filialen	Zonitages	Gesamt- Einnahme
Gangerhausen	43,40	7,—	—	14,73	694,13
Altern	—	3,20	—	7,—	610,64
Steinbo	21,55	0,10	—	31,91	210,44
Wilsdorf	—	0,50	60,—	1,80	143,16
Wilsdorf	—	—	—	51,—	—
Wilsdorf	—	—	—	8,65	96,25
Wilsdorf	—	0,10	—	—	19,50
Wilsdorf	—	0,20	—	—	28,40
Wilsdorf	—	—	—	—	5,10
Wilsdorf	—	0,30	—	—	15,30
Wilsdorf	—	0,20	—	—	47,95
Summa	64,95	11,60	60,—	67,39	1.852,87

Ausgaben der Filialen:

Orte	Matriker	Referate	Antworte	Delegation	Angewandte Taufgaben	Wahlkosten	Stapel und Vorfahrt
Gangerhausen	15,70	25,50	48,10	9,—	4,—	10,—	—
Altern	121,65	28,80	2,40	38,65	11,50	10,—	14,40
Steinbo	38,65	23,40	—	18,15	4,35	—	—
Wilsdorf	111,65	—	—	18,30	—	—	1,15
Wilsdorf	2,50	—	—	—	3,—	—	—
Wilsdorf	—	2,—	—	4,—	—	—	—
Wilsdorf	—	—	—	—	—	—	—
Wilsdorf	—	—	—	—	—	—	—
Wilsdorf	—	—	—	4,30	—	—	—
Wilsdorf	—	—	—	—	—	—	—
Summa	316,91	93,70	59,50	95,78	25,85	20,—	15,55

Orte	Prozente der Matriker	Ein- tritts- geld	Beiträge	Referate	Antworte	Delegation	Angewandte Taufgaben	Wahlkosten	Stapel und Vorfahrt
Gangerhausen	40,81	340,—	40,—	18,95	26,—	66,07	634,11		
Altern	10,82	230,—	1,40	13,95	41,20	15,40	610,64		
Steinbo	—	90,—	—	5,48	4,90	0,51	210,44		
Wilsdorf	2,50	46,—	—	4,45	—	6,91	143,16		
Wilsdorf	—	—	—	—	—	—	—		
Wilsdorf	5,88	59,55	—	—	—	15,52	96,25		
Wilsdorf	—	—	—	—	—	—	19,50		
Wilsdorf	1,83	26,57	—	—	—	—	5,10		
Wilsdorf	—	—	—	—	—	—	15,30		
Wilsdorf	—	—	—	—	—	—	47,95		
Summa	65,39	917,26	41,40	48,23	72,39	94,41	1.852,87		

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 24. August 1910.

Sozialdemokratischer Verein.

Am nächsten Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, finden in sämtlichen Filialen Besprechungen über wichtige Vereinsangelegenheiten statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der 8. Distrikt hält seine Sitzung im Restaurant Hedenmeyerstraße 186 ab. Im Distrikt Wilsdorf-Wilmberg-Wilmig findet die Sitzung Mittwoch bei Robert, Hildebrand, statt. — Der 17. Distrikt hält seine Sitzung erst am Freitag bei Emma in Lokale Schmelzerstraße ab. — Die Sitzung des 2. Distrikts findet erst am Freitag abend bei Rutter, Kleine Ulrichstraße, statt. — Der 19. Distrikt (Trotha) hält seine Sitzung erst Sonnabend abend bei Reinheit ab.

Halleche Jutitz in Reinkultur.

Ein Gerichtshof wegen Verstoßes der Befangenheit abgelehnt! Am gestrigen Tage hatte sich eine Halleche Strafammer nochmals mit einer Strafsache aus den Wahlkreises-Demonstrationen zu befassen, deren „Erledigung“ von der Strafsammer mit anderen vom Reichsgericht verworfen worden ist. Verhandelt wurde gegen den Arbeiter Albert Stumpf, der wegen „Anlaufs“ vier Wochen Gefängnis erhalten hatte. Natürlich auch nur auf dem bekannten und bequemen Wege, daß alle Befangenheitsgen (Kolligisten) als glaubwürdig und entscheidig, dagegen fast alle Entlastungszeugen (Privatleute) als ungläubwürdig und verächtlich der „Mittäterchaft“ bezichtigt wurden. Das System, welches wir in den Verdicten über die Prozesse jedesmal hervorgehoben und aufs schärfste kritisiert haben.

Die Verhandlung gestaltete sich durch das nur zu berechtigende Vorgehen des Verteidigers, Genosse Dr. Liebnicht, gegen dieses bedenkliche System außerordentlich interessant. Dr. Liebnicht lehnte vor Eintritt in die eigentliche Strafsache die Verdictvorstehenden Andergerichtshof beim wegen Verstoßes der Befangenheit ab. Diese Ablehnung begründete der Verteidiger folgendermaßen: Gerade bei dem hiesigen Gericht seien in Strafprozessen, wie dem jetzt anstehenden, ungewöhnlich hohe Strafen verhängt worden. Können andererseits juristische und sachliche Basis für eine Verurteilung, ist man doch zur Strafverhängung gekommen, zur größten Verwunderung der Verteidiger. Dazu käme ferner, daß in jeder Ver-

handlung systematisch zahlreiche Entlastungszeugen, die von der Verteidigung geladen waren, nicht vorgebracht worden seien, obwohl keinerlei ausreißende Verdachtsgründe vorliegen hätten, daß diese Zeugen sich der Teilnahme an der Straftat mit schuldig gemacht haben könnten. Dadurch sei die Verteidigung derartig beeinträchtigt worden, daß sie fast unmöglich gemacht worden wäre. Der gegenwärtige Gerichtshof habe nun in dem letzten dieser Prozesse, im Falle Seibt und Genossen, den Vorfall gegen und zur stärksten Überzeugung der Verteidiger sei auch in diesem Falle abermals Verurteilung erfolgt. Auch hier sei die Nachverurteilung der Entlastungszeugen vom Gericht beliebt worden. Das sei ganz besonders auffällig gewesen deswegen, weil kein einziger der Befangenheitsgen, also auch kein Polizeibeamter, in der Lage war zu bekunden, wo denn im Augenblick des Beginnens der polizeilichen Absperungen auch nur einer der Angeklagten gewesen sei. Es lag nicht der allgeringsten Anhalt vor, daß einer der Entlastungszeugen die Unmoralität ausgeübt haben könnte. Deshalb müsse nach Ansicht des Verteidigers auch für den vorliegenden Fall die Befangene einer Verurteilung, obwohl dieser noch günstiger für den Angeklagten liege, als der Fall Seibt und Genossen. In dieser Beziehung der Verurteilung habe es der Verteidiger für seine Pflicht, den Vorstehenden abzulehnen.

Das Gericht bildete darauf ein Dreierkollegium und gab bekannt, daß der vorige Vorsitzende, Landgerichtsrat Behm, sich nicht für belangen erklärt habe. Ebenso seien die vom Verteidiger vorgebrachten Gründe zur Ablehnung des Vorsitzenden nicht ausreichend. Nachdem jedoch das Gericht sich wieder auf fünf Richtern zusammen und Landgerichtsrat Behm führte den Vorsitz weiter. Er eröffnete dem Verteidiger, daß das Gericht beschließig, ihm wegen einer Äußerung in der Begründung seines Antrages auf Ablehnung des Vorsitzenden, in eine Ordnungsbefehl zu nehmen, und zwar wegen jener Bemerkung, in der er dem besetzten Gerichtshof den Vorwurf systematischer Erfälschung der Verteidigung und der Rechtsbeugung gemacht habe. Dr. Liebnicht bestritt eine Äußerung dieses Wortlautes, hält aber aufrecht, gesagt zu haben, daß durch die systematische Nichtverurteilung der Entlastungszeugen die Verteidigung der Angeklagten nahezu unmöglich gemacht worden sei. Darauf zog sich das Gericht nochmals zu längerer Beratung zurück und kam zur Entscheidung Dr. Liebnichts zu 100 M. Geldstrafe wegen Ungehörs.

Er habe durch seine zweite Erklärung selbst zugegeben, daß die Tendenz seiner Äußerung dahin gegangen sei, dem Gericht den Vorwurf der bewussten Rechtsbeugung zu machen. Das sei ein solch schwerer Vorwurf, daß es angebracht erschienen sei, auf die höchste zulässige Strafe zu erkennen. Hierüber verhielt sich natürlich nur der Konflikt zwischen dem Gericht und der Verteidigung. Genosse Dr. Liebnicht ließ zunächst zu Protokoll nehmen, daß er nicht zugebe, etwas erklärt zu haben, was das Gericht als subjektiven Vorwurf der Rechtsbeugung auffassen könne. Ein solcher Vorwurf sei aber nötig, um die gefällige Verurteilung zu begründen. Der Vorsitzende erklärte darauf, diese Behauptung nicht aufrechterhalten zu können, nahm aber keinen Anstoß, die Verurteilung Dr. Liebnichts nochmaliger Beschlußfassung zu unterstellen.

Als dann das Gericht in die Verhandlung gegen den Angeklagten Stumpf eintreten wollte, lehnte nunmehr Dr. Liebnicht den ganzen Gerichtshof ab, wozu er folgende Begründung gab: Der Gerichtshof habe ihn schon in eine Ordnungsbefehl genommen, aus einem Grunde, der ihm (dem Verteidiger) nahelege, anzunehmen, daß dieser Gerichtshof jetzt nicht objektiv urteilen werde. Das Gericht habe ihm unterstellt, daß er mit seiner Bemerkung den Vorwurf der bewussten Rechtsbeugung hätte machen wollen. Etwas derartiges zu unterstellen, sei aber fast unmöglich. Es könne darum jeder Verteidiger oder jeder Angeklagte in eine Ordnungsbefehl genommen werden, der sich einmal untersehe, einen Gerichtshof vorstehenden abzulehnen. Eine solche Ablehnung müsse selbstverständlich begründet werden und bei dieser Begründung würden stets Momente geltend gemacht werden müssen, in denen man etwas finden werde, worin das Gericht den Vorwurf der bewussten Rechtsbeugung als beabsichtigt unterstellen könne. Wenn schon in seiner (des Verteidigers) ganz objektive Charakterisierung der bekannten Vorgänge in diesen Prozessen eine subjektive Verleumdungsbefehl erlöst werde und deshalb der Gerichtshof eine Ordnungsbefehl gegen den Verteidiger für nötig gehalten habe, so könne er nicht erwarten, daß dieser Gerichtshof die nötige Objektivität in der anstehenden Verhandlung zeigen werde. Deshalb lehne er den ganzen Gerichtshof wegen Befangenheit ab.

Das Gericht zog sich nun nochmals zu einer kurzen Beratung zurück und mußte natürlich zur Vertagung kommen. Diese Zeitung der Hallechen Justiz, bestehend in der Verurteilung des Genossen Dr. Liebnicht zur höchsten zulässigen Ordnungsbefehl wegen der Begründung eines prozessual berechtigten Antrages dürfte allgemeine Aufmerksamkeit in der Juristenwelt erregen. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß bei Begründung eines Ablehnungsantrages gegen einen Gerichtshof vorstehenden an dessen Verhalten, ganz gleich ob juristisch oder sonstige, Kritik geübt werden muß. Lobpreidiche würden doch den Ablehnungsantrag unmöglich machen. Genosse Dr. Liebnicht hat in seiner Begründung die Tatsache hervorzuheben, daß durch systematische Nichtverurteilung von Entlastungszeugen die Verteidigung der Angeklagten in den Demonstrationenprozessen unmöglich gemacht worden sei. Will das abgeleitete Gericht die Tatsache an sich bestritten? Dann wäre sie ihm mit Leichtigkeit zu beweisen. Das wird es aber

auch nicht wollen, sondern es bedachte in diesem Falle dem Verteidiger das Recht zu beweisen, das er im Prozesse genau für gut befand, wie der Vertreter der Anklage. Sämtlichen Staatsanwälten freundschaftlich mühte das Gehalt für Ordnungsbefehl gesperrt werden, wollte man auf die denselben Grund abzuwenden, wie die Halleche Ferienstrammer auf den Rechtsanwalt Dr. Liebnicht. Liebrigens hatte es das Gericht wohl nicht erwartet, daß es daraus im ganzen abgesehen werden würde. Der Laienverstand erlaubt sich, in der Anerkennung dieses Antrages eine große Inkonsequenz zu erblicken, die nicht besser befristet, als daß die Verhängung der Ordnungsbefehl durchaus ungerechtfertigt gewesen. Der Ruhm der Hallechen Justiz wird durch Vorgänge, wie den geschilderten, in alle Lande getragen. Man begreift, daß die besondere Bedeutung, die der Begründung: Halleche Wahrheitspflicht beigelegt wird, den in Hallechen Verdictfällen verurteilten Tatsachen kaum genügt.

Zum beabsichtigten Streik der Landwehr.

Wie schon kurz erwähnt, ist der Streik nach dreitägiger Dauer mit Erfolg für die Beteiligten beendet. Diefes ist aber nur dem geschlossenen Vorgehen der Kollegen zu verdanken. Ganze vier Mann von 74 waren liegen geblieben. Inwieweit zu verurteilen ist das Verhalten des nebenbei noch einen Wilsdorf bei betrieblenden Daddersblummann, der sich nicht vollständig mit seinen Kollegen erklärte. Erzielte wurde zum ersten Male am Orte ein schriftlicher Tarif, welcher ganz annehmbare Verbesserungen enthält, wie Zuschlag für Überstunden, Zumm- und Frühzugehörigkeit, Überstundenzulage usw. Der Tarif läuft am 31. März 1913 ab; in dieser Zeit steigt der Stundenlohn um 6 Pf. Den hiesigen Landwehrgeverlichen kann nur geraten werden, auch ferner zu zusammen zu halten, so werden sie zu jeder Zeit gerüstet dastehen.

Die deutschen Gewerbe- und Kaufmannsvereine

halten vom 15. bis 17. September 1910 in Köln a. Rh. eine Verbandsversammlung ab. Die Gewerbevereinsmitglieder aus dem Stande der Arbeitnehmer in Halle hatten das hiesige Gewerbegericht erucht, je einen Vertreter aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu der Tagung zu delegieren. Das wäre um so mehr Wilsdorf des Gewerbevereins gewesen, als es ja nunmehr dem Verbands dieser Vereine angeschlossen ist. Das Gericht hat jedoch ohne Angabe von Gründen das Gesuch verworfen, abgelehnt.

Diese Ablehnung entspricht ganz dem bisherigen Verhalten des Hallechen Magistrats, der ja auch hierbei den Aufschlag gibt. Wo es sich um den sozialen Fortschritt handelt, ist bei ihm jede Rücksicht unsonst. Die Tagungen des Gewerbe- und Kaufmannsvereinsverbandes dienen dazu, dem Gewerbetreibenden ihrer Erziehung zugrunde lag, Vertiefung zu geben, die Kenntnis der Teilnehmer vom sozialen Gefüge der zu erweitern, Erfahrungen der Praxis auszugleichen usw. Dafür hat der Halleche Magistrat natürlich keine Mittel übrig, er befürchtet sich auch darin als Sachwalter der Kreise, denen an der Niederhaltung der Arbeiterklasse alles liegt. Wenn aber die teutlichen Turner oder sonst eine „nationale“ Organisation ihm den dicken Schwindeln vormachen, dann liegen die Kreuze auf ihm. Das ist die schärfste Aufzierung der feuergegländerten Arbeiterklasse, die sich denken läßt!

* **Militärverwalter nach Kerner.** In diesem Sinne hat das preussische Oberverwaltungsgericht auf eine Klage des Breslauer Grenadier-Regiments Nr. 11 entschieden. Das Gericht ging von der Auffassung aus, daß ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen der Mitglieder einer Militärkapelle, das dem Generalstab eines Infanterie-Regiments bildet, nicht besteht, wenn es sich um eine Militärkapelle handelt. Die Militärkapellen, die bei ihren Konzerten die übliche Jahresreisemöglichkeit genießen, sind also auch noch feuerfrei. Der Kampf der feuergefährlichen Zivilmusik gegen die Konkurrenz der Militärkapellen ist schon alt, greifbare Erfolge konnten bisher wegen des Verhaltens der oberen Militärbehörden nicht erzielt werden. Eine gewisse Hilfe ist nun möglich, wenn den Militärkapellen das außerordentliche Spielen in Uniform verboten wird, denn meist ist es nur die mehr oder weniger glänzende Uniform, die zum Engagement von Militärkapellen veranlaßt. Die bayerische Militärverwaltung hat sich in dieser Beziehung einschichtig erweisen, als die preussischen Behörden. Sie hat bekanntlich eine Verordnung erlassen, nach der das gewerbliche Spielen von Militärkapellen nicht mehr stattfinden soll. Ausnahmefälle sind nur dann erlaubt, wenn die Zivilmusik dadurch keinen Schaden erleiden. Preußen ist eben in Deutschland voran — beim Nachzittern.

* **Von einer Schwindelfestung zur andern.** Die Allgemeine Krankenversicherungs-Kasse zu Chemnitz, eine Schwindelfestung erliche Witte, ist eingegangen. Ihre Mitglieder hat sie an die Stadt Chemnitz übertragen. Die Mitglieder der Kasse sind nun verurteilt, das Allgemeine Krankenversicherungsamt zu verlassen, das am 1. Oktober 1910 seine Tätigkeit aufhört. Die Mitglieder der Kasse sind nun verurteilt, das Allgemeine Krankenversicherungsamt zu verlassen, das am 1. Oktober 1910 seine Tätigkeit aufhört. Die Mitglieder der Kasse sind nun verurteilt, das Allgemeine Krankenversicherungsamt zu verlassen, das am 1. Oktober 1910 seine Tätigkeit aufhört.

* **Was der Hallechen Zeitung „überstreht“.** Der Schloßstein in der Braunsstraße hat erst jetzt Kenntnis von der sehr feuchten Sache mit dem Generalmajor v. Gagen z erhalten, dem Herrn mit der besonderen Offiziersbezeichnung, der sich von einem ihm untergebenen Kameraden leihend ein Verhör erlassen ließ. Der Bericht in der Hallechen über diese Stabsaffäre sieht so aus:

„Aus juristischen Gründen abgewiesen.“ Vor kurzem wurde in der Berliner Presse über einen Zivilprozess gegen einen Generalmajor v. G., der früher einem böhmisches Pionierbataillon angehört, berichtet. Das, was über den Gegenstand der Verhandlung verurteilt, war so höchst und so schamhaft, daß zunächst an der Möglichkeit der Mitteilung gegweifelt werden mußte. Letzter aber sind diese Zweifel nicht berechtigt. Es widerstrebt uns, diese Einzelheiten des höchsten Falles an dieser Stelle aufzuführen; wir begnügen uns mit der Mitteilung, daß der Generalmajor v. G. mit einem ihm untergebenen Kameraden leihend ein Verhör erlassen unterhalten hatte, dem zwei Kinder entzogen waren. Die ehedemrichtige Frau ist dann von ihrem Gatten verlassen worden und hat den Generalmajor auf Zahlung von Mindernden verklagt. Die Klage ist aus juristischen Gründen abgewiesen worden. Es widerstrebt uns, die hochschöne Schmeieler aufzuführen. Ihre Leser möchten sonst des Meinens werden, daß sie das Recht ihrer Angehörigen bestimmben wollen. Wir erinnern uns der unangenehmen Anschuldigungen gegen unsere Genossen v. G. a. S. b. a. S., die von dem reinlichen Blatte mit 20

